

Leserbrief zu „Die Tücken der Erinnerung“ vom 22.2.2017

Mit der Frage, ob ein Lernort zur NS-Zeit in der Landeshauptstadt Hannover eigentlich nötig ist, initiiert die HAZ eine Diskussion, die in der Zivilgesellschaft der Stadt seit 40 Jahren geführt wird und schließlich von den politischen Gremien der Stadt bereits in 1984 mit einem Auftrag an die Verwaltung verbunden wurde, Vorschläge für einen Dauerstandort zu erarbeiten.

Die damaligen Stadtbezirksräte Ahlem, Badenstedt und Davenstedt haben als erste 1985 die Initiative ergriffen und Vorschläge für eine würdigere Gestaltung am Standort des KZ- Außenlagers und der ehem. Israelitischen Gartenbauschule in Ahlem unterbreitet. Hieraus entstanden nach Vereinbarung zwischen Oberstadtdirektor und Oberkreisdirektor 1994 das Mahnmal KZ- Außenlager Ahlem und 2014 die Gedenkstätte Ahlem.

Erst im Mai 2010 hat der Verwaltungsausschuss der Landeshauptstadt Hannover seinen Auftrag an die Verwaltung präzisiert. Sie sollte ein Rahmenkonzept zur Gedenk- u. Erinnerungskultur der Landeshauptstadt mit den Schwerpunkten KZ- Außenlager und Zwangsarbeiterlager entwickeln. Hierzu wurde ein wissenschaftlicher Beirat aus Fachleuten und Netzwerkmitgliedern ins Leben gerufen, der nach 3-jähriger Arbeit sein Konzept der Verwaltung am 8. Februar 2017 vorgestellt und abschließend diskutiert hat.

Die fraglos hervorragende Arbeit der Gedenkstätte Ahlem, insbesondere für die Erinnerung an die NS-Gräueltaten an der jüdischen Bevölkerung Hannovers, kann aber nicht die Tragweite Nationalsozialistischer Hinterlassenschaften in der Stadt abbilden, in der es 600 KZ- und Zwangsarbeiterlager für 60.000 Zwangsarbeiter und NS-Häftlinge gab. Diese geschichtliche Aufarbeitung und Vermittlung durch ein Zentrum und Lernort der Erinnerungskultur an einem authentischen und zentralen Ort der Stadt kann die Gedenkstätte Ahlem alleine nicht leisten. Schon gar nicht, wenn Geschichte und Gegenwart zeigen, welche dramatischen Entwicklungen sich für Menschen ergeben können, wenn Gesellschaften sich radikalisieren bzw. radikalisiert werden. In Deutschland gibt es inzwischen viele Erkenntnisse aus Studien zu Fremdenfeindlichkeit, latentem Antisemitismus, rechtsextremistischen Haltungen und anderen bedrohlichen Entwicklungen.

Die rein schulische Vermittlung von demokratischen Prinzipien wie z.B. die Einhaltung von Freiheits- und Menschenrechten schafft häufig bei Kindern und Jugendlichen eher theoretische Grundlagen. Welche Bedeutung das Demokratieprinzip für jeden Einzelnen tatsächlich hat, erschließt sich Menschen oft erst, wenn sie mit den Folgen einer gesellschaftlichen Fehlentwicklung im eigenen Erleben konfrontiert sind und dieses in einem Dokumentations- und Lernort erlebbar wird.

Nach Besuch mehrerer Gedenk- und Lern- und Erinnerungsorten ist der Beirat zu der Erkenntnis gekommen, dass ein solcher Lernort eine Mindestgröße von 700 qm, besser jedoch 1.000 qm für Ausstellungs-, Seminar-, Arbeits- und Archivräume erreicht. Ein Lernort für Erinnerung und Demokratie soll schließlich ein unverwechselbares Profil aus der Bündelung von historischer Darstellung, Lern- und Trainingseinheiten der Vermittlung erhalten, das jeweils einen eigenständigen Zugang zum Verhältnis von Gegenwart und lokaler Vergangenheit schafft. Ein solcher auch vom Beirat projektierte Lernort entspricht damit konzeptionell auch den Empfehlungen der deutschen Kultusministerkonferenz zur Erinnerungskultur, die der Deutsche Städtetag im vergangenen Jahr seinen Mitgliedern für die städtische Bildungs- und Geschichtsarbeit empfohlen hat.

Mit einem eigenen Lernort würde die Landeshauptstadt Hannover endlich die seit Jahren vom „Netzwerk Erinnerung und Zukunft in der Region Hannover“ geforderte gesellschaftliche Verantwortung übernehmen: Das Wissen über die NS-Zeit in Hannover auf eine breite Grundlage zu stellen, zeitgemäß zu vermitteln und damit die Aufarbeitung als Daueraufgabe von Stadt- und Zivilgesellschaft zu verankern.

Um eine solche Verantwortung wahrnehmen zu können, sollte ein Zentrum der Erinnerungskultur zentral gelegen sein, sich aber nicht an einer beliebigen Stelle in einem beliebigen Gebäude befinden. Damit ein Lernort Wirkung entfalten kann, muss er über ein unverwechselbares Profil verfügen. Dieses Profil gewinnt er erst dann, wenn es vielfältige, authentische historische Bezüge gibt. Er sollte das Spezifische der Situation in Hannover zwischen 1933 und 1945 mit der Gesamtgeschichte des Nationalsozialismus verbinden können.

Einen solchen Standort gibt es in der Landeshauptstadt nach Auffassung des Beirates: Am und um den Maschpark herum, beispielsweise am Nordufer des Maschsees neben dem Ehrenfriedhof der ermordeten Russischen Zwangsarbeiter oder in der Nähe des Neuen Rathauses mit einem sichtbaren Alleinstellungsmerkmal. Das Problem des „Mitmachens“ und der bereitwilligen Unterstützung, die das NS-Regime durch breite Teile der deutschen Bevölkerung erfuhr, wird damit als

Problem der deutschen Gesellschaftsgeschichte der 1930er und 1940er Jahre in den Fokus gerückt.

Damit würde sich ein Dokumentations- und Lernort einreihen in die prominente Reihe neuerer Orte der Erinnerungskultur in der Bundesrepublik, die nicht an Orten der Verfolgung, sondern an Brennpunkten der Massenzustimmung eingerichtet worden sind bzw. diskutiert werden. Das muss aber nicht im ehemaligen VHS-Gebäude sein! Mit den zu erwartenden hohen Mieten nach aufwendiger Gebäudesanierung durch einen Privatinvestor ließe sich leicht ein Neubau der Stadt mit der Niedrigzins-Politik finanzieren.

Dr. Horst Meyer

Vorsitzender des Vereins „Netzwerk Erinnerung + Zukunft in der Region Hannover e.V.“

.